

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Unterrichtsausfall

Schulden

Kommunen



Liebe Leserinnen und Leser,

in ganz Nordrhein-Westfalen mehren sich die Klagen von Eltern und Schülern über Unterrichtsausfall. Viele Stunden werden nicht gegeben, weil zu wenig Lehrer da sind. Genaue Angaben: Fehlanzeige. Die grüne Schulministerin Löhrmann hat 2010 als erste Maßnahme die statistische Messung von Fehlstunden gestoppt. Unterrichtsausfall bekämpft man aber nicht durch

Abschaffen der Statistik. Diesen Zustand müssen wir ändern. Aus diesem Grund wird die CDU-Landtagsfraktion ab sofort Angaben über ausgefallene Schulstunden sammeln, um das Problem politisch wirksam anzugehen.

Unsere Kinder haben ein Recht auf Unterricht und eine gute Bildung. Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte müssen heute das ausbaden, was Rot-Grün versäumt. Die CDU hat zu ihrer Regierungszeit gezeigt, wie man den Unterrichtsausfall erfolgreich bekämpfen kann. Von 2005 bis 2010 konnten wir die Stundenzahl halbieren. Das war ein großer Erfolg. Vor der Landtagswahl 2005 hatte die CDU darauf hingewiesen, dass unter rot-grüner Verantwortung jedes Jahr über 5 Millionen Schulstunden ausfallen. Fehlstunden, die unseren Kindern Bildungs- und Aufstiegschancen rau-

ben.

Um den Unterrichtsausfall wirksam in den Griff zu bekommen, muss man allerdings zunächst wissen, wie viele Stunden tatsächlich nicht gegeben werden und wo Lehrbedarf ist.

Um mehr Informationen über den Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen zu erhalten, hat die CDU-Landtagsfraktion unter einer Mailadresse Hinweise zu ausgefallenen Stunden gesammelt. Viele Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler haben sich an der Aktion beteiligt. Vielen Dank für die Rückmeldungen! Die CDU wird die Ergebnisse bald veröffentlichen.

A. Birkhahn

Astrid Birkhahn

40 Millionen Euro dokumentieren Groscheks Versagen

Nordrhein-Westfalen musste im letzten Jahr insgesamt 40 Millionen Euro an Fördermitteln für den Bau von Fernstraßen zurückgeben musste. „40 Millionen Euro dokumentieren das Versagen des NRW-Verkehrsministers. Angesichts des schlechten Zustands zahlreicher Straßen ist das ein regelrechter Skandal. Der Vorgang zeigt zudem: Die ständigen Versuche Groscheks, dem Bund den Schwarzen Peter für fehlende Investitionsmittel zuschieben zu wollen, sind nichts anderes als billige Ablenkungsmanöver“, erklärte Birkhahn.

Damit Bundesmittel nach Nordrhein-Westfalen fließen können, muss Groschek zunächst die eigenen Planungen in Nordrhein-Westfalen vorantreiben. Dazu sei er

jedoch ganz offensichtlich nicht in der Lage, so die Landtagsabgeordnete. Rot-Grün habe im Jahr 2011 einen Planungsstopp für 157 Straßenbauprojekte verhängt.



40 Millionen Euro an Fördermitteln für den Bau von Fernstraßen blieben im letzten Jahr von NRW ungenutzt. (Bild: lichtkunst73/pixelio.de)

Rot-Grün kapituliert vor steigender Kriminalität in Nordrhein-Westfalen

Die veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2013 zeigt erneut: Die Verbrechensbekämpfung in Nordrhein-Westfalen liegt unter rot-grüner Regierungsverantwortung am Boden. Mit einer Aufklärungsquote von lediglich 48,9 Prozent wurde in unserem Land erneut weniger als jede zweite Straftat aufgeklärt. Nordrhein-Westfalen wird damit wohl erneut den letzten Platz unter den bundesdeutschen Flächenländern belegen.



Die veröffentlichte Kriminalstatistik offenbart die steigende Kriminalität in NRW. So wurden z.B. von 100 Wohnungseinbrüchen in Nordrhein-Westfalen weniger als 14 Fälle aufgeklärt. (Bild: Rike/pixelio.de)

„Die veröffentlichte Kriminalstatistik ist ein Bericht des Versagens von Innenminister Jäger. Er bekommt vor allem die ungebremst steigende Zahl der Wohnungseinbrüche nicht in den Griff. Dass von 100 Wohnungseinbrüchen in Nordrhein-Westfalen weniger als 14 Fälle aufgeklärt werden, ist beschämend. Wie der Minister in diesem Zusammenhang von erfreulichen Nachrichten sprechen kann, bleibt wohl sein Geheimnis. Hochprofessionelle Einbrecherbanden aus Osteuropa lassen sich eben nicht von sporadischen Einzelaktionen abschrecken. Herr Jäger hat offensichtlich noch immer nicht begriffen, dass wir mit Personalverschiebungen innerhalb der Polizei dringend die Kriminalkommissariate stärken müssen“, erklärte Birkhahn.

Immer deutlicher zeige sich die verfehlte Schwerpunktsetzung der rot-grünen Landesregierung im Bereich der inneren Sicherheit. Jägers ‚Strategie‘, sich mit populistischen Show-Aktionen wie den Blitz-Marathons oder Großrazzien vor laufenden Kameras zu inszenieren, sei auch im vergangenen Jahr gründlich daneben gegangen, sagte Birkhahn. Das belege die Statistik schwarz auf weiß.

„Die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen hat sich durch Jägers persönliche Imagepflege nicht verbessert“, so Birkhahn.

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Im März und April kam der Landtag zusammen, um unter anderem über eine wirksame **Kriminalitätsbekämpfung** in Nordrhein-Westfalen zu debattieren (siehe Artikel Seite oben). Die CDU-Landtagsfraktion hat in der vergangenen Plenarwoche die Landesregierung in einem Antrag dazu aufgefordert, den bisherigen Entwurf des **Landesentwicklungsplan (LEP)** zurückzuziehen. Zudem machte die CDU sich mit einem Antrag dafür stark, den **Übergang beeinträchtigter junger Men-**



schens ins Erwerbsleben nicht zu gefährden. Zudem brachte die Landesregierung den Gesetzentwurf zur Erneuerung des **Kinderbildungsgesetzes (KiBiz)** in den Landtag ein. Dabei ging es vor allem um die Frage der Qualität der Kinderbetreuung. Ein weiteres Thema, das den Landtag beschäftigte, war die Situation des Berufsstands der **freiberuflichen Hebammen**, dessen Zukunft wegen drastisch gestiegener Prämien für Haftpflichtversicherungen akut gefährdet ist. Alle Fraktionen waren sich einig, dass hier schnellstmöglich zusammen mit dem Bundesgesundheitsminister Herrmann Gröhe eine längerfristige Lösung im Hinblick auf die ständig steigenden Berufshaftpflichtversicherungsbeiträge gefunden werden muss. Zudem forderte die CDU in einem Antrag die motorischen Fähigkeiten und die **Fitness von Kindern** in NRW zu verbessern.

Alle Entscheidungen finden Sie im Internet unter: www.landtag.nrw.de.

NRW ist trauriger Spitzenreiter beim Schuldenmachen

Ab 2015 nimmt der Bund keine neuen Schulden mehr auf. Erstmals seit über 40 Jahren gibt der Bund nicht mehr aus, als er einnimmt. Zugleich setzt er wichtige Schwerpunkte bei den Investitionen in die Zukunft. Ausgeglichene Haushalte sind Zukunftsvorsorge. Stabilitätsorientierte Finanzpolitik ist Wachstumspolitik. Mit ihr werden auch in den kommenden Jahren Wachstumschancen und sozialer Ausgleich gesichert. Auch acht Bundesländer konnten Ende 2013 einen Haushaltsausgleich oder sogar Haushaltsüberschüsse erzielen. Das zeigt: Solide Staatsfinanzen sind möglich. Nur Nordrhein-Westfalen bleibt unter rot-grüner Regierungsverantwortung weiter trauriger Spitzenreiter beim Schuldenmachen. Unter allen Bundesländern



Ab 2020 gilt die Schuldenbremse. Dann dürfen überhaupt keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Der Schuldenberg in NRW wächst jedoch immer weiter. (Bild: Andreas Morlok/pixelio.de)

weist unser Land die höchste Neuverschuldung auf – und zwar mit deutlichem Abstand gegenüber allen anderen Bundesländern. Das ist beschämend und alarmierend. Denn selbst das von Rot-Grün regierte Schleswig-Holstein hat 2013 gezeigt: Wenn man sich anstrengt, kann man sogar einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 115 Millionen Euro erzielen – selbst wenn es einem im Wesentlichen viel schlechter geht als Nordrhein-Westfalen.

„SPD und Grüne müssen endlich die Notbremse ziehen und eine verbindliche Finanzplanung bis zum Jahr 2020 vorlegen. Unser Land braucht einen konkreten Plan, wie die Neuverschuldung abgebaut und die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Frau Kraft und ihr Finanzminister werfen das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster – auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder. Dass sie dieses Vorgehen auch noch als ‚präventiv‘ bezeichnen, ist geradezu zynisch“, sagt Birkhahn.

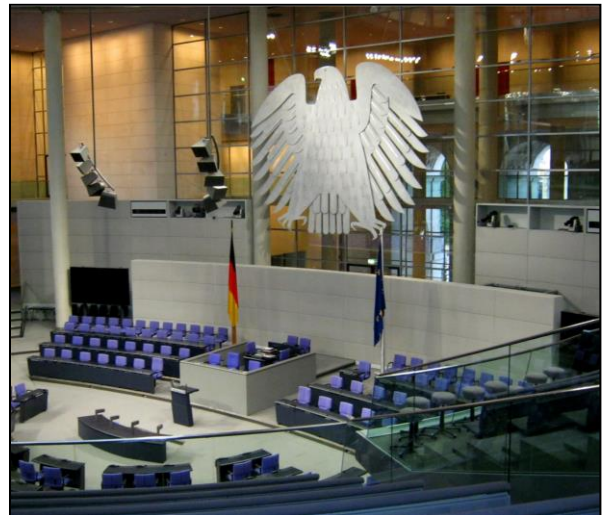
Der Schuldenberg in Nordrhein-Westfalen wächst weiter. Er beträgt inzwischen 137 Milliarden Euro. Doch die rot-grüne Landesregierung tut nichts, um das Land aus dieser Schuldenfalle zu befreien. Sie nimmt die Herausforderung nicht an, die strukturellen Probleme zu lösen, die Wirtschaftskraft des Landes zu stärken und den Landeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren.

Birkhahn empfängt Frauengemeinschaft und Männersodalität aus Lette im Landtag NRW



Die Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn freute sich am Mittwoch, den 09. April 2014 über den Besuch der Frauengemeinschaft und der Männersodalität aus Lette im Düsseldorfer Landtag. Birkhahn hatte sich Zeit genommen, den Besucherinnen und Besuchern von ihrer Arbeit als Landtagsabgeordnete zu berichten. Zuvor hatten sie bereits einen Teil der Plenardebatte von der Besuchertribüne aus verfolgt.

Kommunen sind Gewinner der Großen Koalition



Die Kommunen in NRW profitieren von der Großen Koalition in Berlin. (Bild: lillysum/pixelio.de)

Welche Unterstützung bekommen die Kommunen durch die Große Koalition in Berlin? Diese Frage beschäftigte in den vergangenen Wochen auch den Landtag. Die CDU stellte in diesem Zusammenhang heraus, dass die Kommunen von der CDU-geführten Bundesregierung profitieren – und zwar durch 6,5 Milliarden Euro. Das ist eine Summe, um die allein die nordrhein-westfälischen Kommunen in den kommenden Jahren – von 2014 bis 2017 – vom Bund entlastet werden.

In diesem Zusammenhang stellte Birkhahn klar: „Bei dieser Summe kann wohl keiner ernsthaft von den Kommunen als Verlierer der Großen Koalition sprechen. Der Bund kommt seiner Verpflichtung und Verantwortung für die Kommunen nach. Das war nicht immer so. In den Zeiten der rot-grünen Bun-

desregierung wurde 2003 der Grundstein für die heutige besorgniserregende Lage der Kommunen gelegt, denn im Zuge der Hartz-IV-Gesetzgebung wurde den Kommunen die Finanzverantwortung unter anderem für die Grundsicherung aufgebürdet. Hier hat der Bund inzwischen die Kosten übernommen; das ist eine deutliche Entlastung!“ Birkhahn resümiert: „Die CDU-geführte Bundesregierung ist und bleibt ein verlässlicher Partner der Kommunen. Die Kommunen sind Gewinner der Großen Koalition.“ Birkhahn weiter: „Die kommunal-freundliche Politik der CDU-geführten Bundesregierung wird also fortgesetzt. Davon kann Rot-Grün nur lernen!“

Liebe Leserinnen und Leser,

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich schöne Ostertage!

Ihre

A. Birkhahn



Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de